

A N F R A G E von Christoph Ziegler (GLP, Elgg), Stefanie Huber (GLP, Dübendorf) und Andreas Hasler (GLP, Illnau-Effretikon)

betreffend Handlungsbedarf im Bereich der Sozialhilfe

Für das kommende Jahr müssen voraussichtlich viele Städte und Gemeinden ihren Steuerfuss zum Teil massiv erhöhen. Als wesentliche Gründe werden folgende Faktoren genannt: Kostenexplosion bei den Sozialausgaben und Anstieg der Sonderschulung. Die Gemeinde kann diese Mehrausgaben nur zu einem ganz geringen Teil beeinflussen. Der Steuerfuss einer Gemeinde hängt also zu einem grossen Teil vom Umstand ab, wie viele Sozialfälle sie hat. Aufgrund verschiedener Umstände (soziodemographische Faktoren, Struktur der Wohnungen etc.) sind diese im Kanton je nach Region ganz unterschiedlich verteilt. Der Finanzausgleich berücksichtigt diese Ungleichheit nur wenig und indirekt.

In diesem Zusammenhang stellen sich folgende Fragen:

1. Wie beurteilt der Regierungsrat einen diesbezüglichen Handlungsbedarf im Bereich der Sozialhilfe?
2. Was sind nach Ansicht der Regierung die wesentlichen Faktoren, die für den Anstieg der Sozialausgaben innerhalb einer Gemeinde verantwortlich sind?
3. Wie kann eine Gemeinde nach Ansicht des Regierungsrates aus dem folgenden «Teufelskreis» ausbrechen: Hohe Steuern, tiefe Mieten, Zunahme der Sozialfälle, noch höhere Steuern?
4. Wie könnten die Lasten in Zukunft gleichmässiger verteilt werden?

Vielen Dank für die Beantwortung dieser Fragen.

Christoph Ziegler
Stefanie Huber
Andreas Hasler